

## **MITGLIEDERVERSAMMLUNG 2009 PRÄSIDENTIALADRESSE**

### **Es gilt das gesprochene Wort**

Aus Sicht unseres Wirtschaftsverbandes liess sich das Jahr 2008 sehr dynamisch an. Zusammen mit der IHK Hochrhein-Bodensee und der VSUD hatten wir die Möglichkeit, der deutschen Bundeskanzlerin Dr. Merkel und dem schweizerischen Bundespräsidenten Couchepin ein Dossier zu unterbreiten, welches die wichtigsten Forderungen unseren gemeinsamen Wirtschaftsraum betreffend auflistete:

- schlankere Zollabfertigungen und damit Entspannung der Stauproblematik an den Grenzübergängen,
- praxisgerechtere Umsetzung bzw. Anwendung der schweizerischen Entsandegesetzvorschriften,
- Weiterentwicklung grenzüberschreitender Verkehrsinfrastrukturmassnahmen auf Strasse und Bahn sowie
- Fortschritte in der Lärmfrage rund um den Flughafen Zürich.

Insgeheim verbanden wir mit dem Treffen von Ende April 2008 die Hoffnung, dass unsere Anliegen bei den Staatsoberhäuptern Gehör finden und eine Entkrampfung des Fluglärmstreits womöglich auch Bewegung in die zahlreichen anderen Dossiers bringen wird, die ebenfalls dringend einer Lösung bedürfen.

Fairerweise muss man festhalten, dass die Schweizerdelegation die Forderungen der Wirtschaftsverbände durchaus thematisieren wollte, Frau Dr. Merkel sich jedoch lediglich für eine „Neuberechnung“ des mit dem Betrieb des Flughafens Zürich verbundenen Lärms aussprach.

Unsere nüchterne Beurteilung: Leider haben die Protagonisten diese sich - notabene zu selten bietende - Gelegenheit verpasst, starke Zeichen zu setzen und die Region von der nunmehr seit Jahren latenten Blockade bei der

#### **Schweiz:**

Weinbergstrasse 131, Postfach, 8042 Zürich  
Tel: 0041 43 299 66 28 • Fax: 0041 43 299 66 22  
E-Mail: office-ch@unternehmerinitiative.org

#### **Deutschland:**

c/o Gleixner & Maier, Bismarckstrasse 6, Postfach 16 17, 79761 Waldshut-Tiengen  
Tel: 0049 77 51 83 73 70 • Fax: 0049 77 51 83 73 31  
E-Mail: office-de@unternehmerinitiative.org

grenzüberschreitenden Zusammenarbeit nachhaltig zu befreien.

Wie Sie vielleicht auch selber festgestellt haben, hat es seit diesem Treffen kaum ein Akteur - weder auf Deutscher- noch auf Schweizerseite - gewagt, heikle Themen wie z.B. die dringend benötigte West-Ost-Strassenverbindung entlang des Rheins (A98 mit Steckenführung durch die Schweiz) anzusprechen.

Für zusätzlichen Verdruss hauptsächlich bei den deutschen Handwerkern sorgte obendrein ein Entscheid der Basellandschaftlichen Kantonsregierung, wonach das ausbauende Gewerbe für Aufträge ab CHF 2.000.- in Zukunft vorgängig eine Bankgarantie von bis zu CHF 20.000.- zu hinterlegen hat. Eine solche Kautionsregelung im Bereich der grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringung trägt bestimmt nicht zur Förderung des engen nachbarschaftlichen Miteinanders bei. Im Gegenteil: Die schleichende Zersetzung des in dieser Frage eindeutigen Personenfreizügigkeitsabkommens Schweiz-EU durch immer administrativere schweizerische Entsendegesetzvorschriften sowie deren vielförmige kantonale Durchsetzung führen zu beträchtlichen Verstimmungen mit den ausländischen Nachbarn und behindern die wirtschaftliche Entwicklung entlang der Landesgrenze.

Nicht zuletzt aus diesem Grund sah sich das Co-Präsidium dazu verpflichtet, in einem Schreiben an den Regierungsrat des Kantons Basellandschaft zu gelangen und diesem gegenüber unsere Meinung zu dieser unnötigen Verschärfung sowie die dadurch provozierte Verstimmung bei den Unternehmern in der Region zu äussern.

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir formulieren unsere Klagen bewusst pointiert, damit die Menschen unserer Region die Probleme, die sie eigentlich sehen sollten, auch tatsächlich sehen. Nebst dieser - bitteschön als konstruktiv aufzufassenden - Kritik möchten wir aber auch einzelnen Behördenstellen unseren grossen Dank entrichten. Zumeist fernab der öffentlichen Wahrnehmung hat das stille Arbeiten unserer Behörden und Ämter im vergangenen Jahr Früchte getragen:

- So haben die Zollkreisdirektion Basel und die deutsche Bundesfinanzdirektion Südwest die baulichen Massnahmen zur Implementierung des Abfertigungssystems „Transito“ bei der Autobahnzollanlage Basel/Weil a.R. vorgestellt. Die erforderlichen Umbauarbeiten sollen bis Ende 2012 fertiggestellt

sein. Es wird erwartet, dass sich mit der elektronischen Abfertigung der LkW die Abfertigungsdauer pro Fahrzeug dann halbieren und sich der LkW-Rückstau beidseits der Zollanlage in der Folge merklich verringern wird.

- Ausserdem ist es der Eidgenössischen Zollverwaltung in zahlreichen Gesprächen gelungen, ihre Brüsseler Kollegen davon zu überzeugen, dass es im Warenverkehr zwischen der Schweiz und der EU keiner neuen Sicherheitsformalitäten, konkret Voranmeldung der Warenlieferungen, bedarf. Vielleicht mögen Sie sich erinnern: An der letzten Mitgliederversammlung haben wir davor gewahrt, dass selbst bei einer Voranmeldefrist „Null“ die Unternehmen mit zusätzlichen Verzögerungen und Kosten bei den bisherigen Verzollungsabläufen zu rechnen hätten. Damit würden gerade in unserer Region die schlanken grenzüberschreitenden Prozessabläufe zwischen den Unternehmen bzw. innerhalb der Konzerne ganz erheblich beeinträchtigt. Dank der nunmehr von den Verhandlungsparteien festgestellten Gleichwertigkeit der Sicherheitsstandards soll es auch nach Inkrafttreten der neuen EU-Sicherheitsvorschriften keine Pflicht zur Vorausanmeldung der Warentransporte zwischen der Schweiz und der EU geben.

## **FAZIT**

Es sind solche Lichtblicke wie die beiden letztgenannten, die uns dazu anspornen, unsere Forderungen aus Sicht der im Wirtschaftsraum Südbaden-Nordschweiz tätigen Unternehmen auch in Zukunft wehement anzumahnen.

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sind Investitionen in den Wirtschaftsstandort und zweckmässige Massnahmen im administrativen Bereich umso dringender, damit die Unternehmen bei ihren Aktivitäten nicht zusätzlich und unnötig behindert werden. Es ist derzeit also vollkommen unpassend, den ansässigen Unternehmen Auflagen aufzubürden, die deren grenzüberschreitende Aktivitäten hemmen.

Im Wissen, dass solche oder ähnliche Anliegen von allen Wirtschaftsverbänden entlang des Hochrheins gefordert werden, sind wir sehr zuversichtlich, mit unserem Wirken auch dieses Jahr den einen oder anderen Erfolg bei der Abarbeitung unseres reichhaltigen Forderungskatalogs verbuchen zu können.